

SOLL DER LAIE DEN FACHMANN VERSTEHEN?

Am 16. September vergangenen Jahres veranstaltete die Akademie des Deutschen Beamtenbundes in Königswinter ein Symposium zum Thema *Sprache als Medium und Verständigungsmittel zwischen Wissenschaft, Wirtschaft, Verwaltung und dem Bürger*. Inzwischen ist eine Broschüre* mit den dort gehaltenen Vorträgen erschienen – Anlaß, um das Dargebotene kritisch zu betrachten.

Zu Wort kamen außer Alfred Krause als Gastgeber Staatssekretär Anton Pfeifer vom Bildungsministerium, fünf Sprachwissenschaftler, zwei Informationswissenschaftler und zwei Journalisten. Soll man, will man, kann man dem *mündigen Bürger* die oft kontroversen Expertenmeinungen anschaulich und verständlich vermitteln? Was wünscht sich der Politiker, was denkt der Theoretiker, was tut der Praktiker? Die Antworten waren entsprechend vielschichtig.

»Das heute gebräuchliche Fachchinesisch von Experten jeder Couleur ist für Laien oft schlicht unverständlich«, sagte Anton Pfeifer, und »zu viele Wissenschaftler versuchen immer weniger, sich über die Fachgrenze hinaus im Alltag verständlich zu machen«. Vor allem »das Gespräch zwischen den Naturwissenschaften, den technischen Wissenschaften, den Ingenieurwissenschaften auf der einen Seite und den Geisteswissenschaften auf der anderen Seite« sei zu intensivieren, denn Geisteswissenschaften seien »nun einmal Orientierungswissenschaften«, und »die Frage nach Orientierung« werde durch die naturwissenschaftlich-technologische Entwicklung »zu einer immer zentraleren Frage«.

Gefordert sei also nicht allein, angesichts eines Stichworts wie Tschernobyl »Expertenwissen allgemeinverständlich zu präsentieren, sondern wir müssen auch die Kompetenten in die Lage versetzen, solche Entwicklungsprozesse so zu beeinflussen, daß auch der zunächst Ängstliche und Zurückhaltende die Einsicht in Notwendigkeiten gewinnt«.

Weniger der informierte Bürger ist es anscheinend, den sich ein Politiker wie Anton Pfeifer wünscht, ein Wähler also, der selbständig und sachkundig zwischen Alternativen entscheidet. Der ideale Bürger ist vielmehr der Laie, der angemessen dahin orientiert ist, die

von den Kompetenten erkannten Sachzwänge einzusehen. Demokratie wäre dann entbehrlich – aber wer entscheidet über die Kompetenz?

So neu ist die Forderung an die Geisteswissenschaftler nicht, dem Bürger die Entscheidungen der Politiker, Wirtschaftsführer und Ingenieure als unabweisbare Notwendigkeiten zu vermitteln. Doch war dies ein Aspekt, auf den die anwesenden Sprachwissenschaftler leider kaum eingingen.

Nun ist die Linguistik nicht nur eine Geisteswissenschaft. Sie hat ihre Wurzeln auch in der Rhetorik. Der Freiburger Romanist Hartwig Kalverkämper konzentrierte sich darauf, der von ihm konstatierten modernen »Kommunikationslosigkeit durch Nichts-Verstehen« mit Ratschlägen des antiken Rhetoriklehrers Quintilian zu begegnen, die sich die Fachleute zu Herzen nehmen sollten, um ihrer Informationspflicht gerecht zu werden, während sich der Laie »breite Bildungswilligkeit, vertiefte Fachkenntnis und fundierten Forschungseinblick« zu eigen machen sollte.

Günther Öhlschläger, Germanist aus Heidelberg, kritisierte die Wissenschaftler, die nicht bedenken, daß ihr Streben nach absoluter Präzision im Ausdruck zu Lasten der kommunikativen Effizienz geht. Das Ziel ist, »so präzise wie nötig, so verständlich wie möglich« zu formulieren, und das bedeutet, zu erkennen, in welcher Situation welche Zusammenhänge relevant sind und von welchen man absehen kann. Die demokratische Vermittlungspflicht der Wissenschaftler stößt indes hierzulande noch immer an das Vorurteil: »Wenn etwas Wissenschaftliches verständlich ist, kann es nicht weit her damit sein.«

Mit einer interessanten, aus der freien Marktwirtschaft adaptierten These gewann der Hamburger Philologe Theo Bungarten dem Wissensgefälle in unserer Gesellschaft eine positive, sogar, wie er meint, für die Demokratie essentielle Seite ab. Denn, so meint er, »vollständige Information erzeugt psychologische Sicherheit, Unbeweglichkeit, Demotiviertheit, Leistungsabfall, während partielle Ungewißheit motiviert, aktiviert, mobilisiert, kreatives Verhalten herausfordert«.

Das mag sogar stimmen, ist aber nicht das Problem. Es geht vielmehr darum, ob jeder interessierte Bürger Anspruch auf verständliche Unterrichtung in entscheidungsrelevanten Fragen haben soll. Das jedoch lehnt Bungarten mit der Begründung ab, in einem staatlichen Gemeinwesen seien »keine demokratischen Entscheidungen mehr möglich, wenn alle Bürger die gleichen Informationen besitzen

würden und diese gleichberechtigt nutzen könnten.« Nur ein freier Informationswettbewerb verhindere die negativen Folgen totaler Informativität. Die politische Frage lautet daher für Bungarten: »Wo sind Informationsbarrieren sinnvoll, und wo ist ein Informationswettbewerb und -austausch zu garantieren und zu fördern?« Problematisch wird es für ihn erst dann, wenn in der Bürokratie des Staates Wissenschaftssprache als rhetorisches Mittel verwendet wird, »die betroffenen Bürger vom geplanten und rationalen Charakter der Organisation zu überzeugen«. So mag denn immerhin außerhalb der »demokratisch sanktionierten Informationsreservate« in Wissenschaft, Technik, Wirtschaft und Verwaltung ein Wissenstransfer hin zum Bürger stattfinden, damit auch er an der gesellschaftlichen Bewertung wissenschaftlicher Ergebnisse teilhaben kann.

Insgesamt hatte man den Eindruck, als seien die Empfehlungen der Linguisten und Informationswissenschaftler zum Problem der Verständlichkeit doch recht praxisfern – vielleicht auch, weil die Sprachwissenschaftler immer noch das Privileg genießen, kaum je ihre Arbeit vor der Öffentlichkeit rechtfertigen zu müssen. Ein Gespür für die Zwänge, mit denen die Praktiker im Wissenstransfer ständig zu kämpfen haben, fehlt weitgehend.

So war denn auch der Wirtschaftsjournalist Udo Kölsch aus Hamburg der einzige, der sich auf Anton Pfeifers Vorstellungen zu einer der Orientierung des Bürgers dienenden Wissensvermittlung bezog. Er stellte die Frage nach der gesellschaftlichen Funktion der Wissensvermittlung. Soll der Wissenschaftsjournalismus primär die Auswirkungen expertengestützter Entscheidungen kritisch untersuchen, oder ist seine Aufgabe, gegenüber dem Normalleser einer Tageszeitung zu rechtfertigen, »daß ein großes Chemieunternehmen in einem Werk 700 Entlassungen vornehmen muß, während es gleichzeitig eine Dividenden-erhöhung vornimmt«, wie es der Unternehmensberater P. Spindler, Stifter eines Preises für leicht verstehbare ökonomische Texte, fordert?

Der Wunsch der Journalisten, verständlich zu sein, findet seine Grenzen an fehlender Zeit für Textbearbeitung, an zu wenig Platz in der Zeitung, schließlich auch an unzureichender Hilfestellung seitens der Verständlichkeitsforscher. Deren gutgemeinte Ratschläge fruchten beispielsweise dann wenig, wenn, wie Louis Bosshardt gezeigt hat, Rezipienten den Konsequenzen von Aussagen, die ihren eigenen Ideen entgegenstanden, auswichen, indem sie diese einfach nicht verstanden. »Der Journalist kann noch so ver-

ständig formulieren, geht der Inhalt des Textes dem Leser oder Zuhörer gegen den Strich, dann wird er trotzdem nicht verstanden.« Kölschs Fazit, und damit auch das Fazit dieses Symposions:

»Praktiker und Theoretiker müssen sich zusammensetzen... An den Tisch gehören auch... Unternehmer, Manager oder Wissenschaftler. Sie müssen erkennen, daß Verständlichkeit und Plädoyers zwei verschiedene Sachen sind. Schließlich müssen auch die Konsumenten endlich definieren, was sie haben wollen... Mehr Verständlichkeit kostet mehr Geld. Die Gesellschaft muß entscheiden, ob sie es aufbringen will. Man sieht: Das Ding ist kein linguistisches Problem allein. Es hat vielmehr politische Dimensionen.«

Wolfgang Teubert

* Sprache als Medium und Verständigungsmittel zwischen Wissenschaft, Wirtschaft, Verwaltung und Öffentlichkeit. Schriften der Akademie des Deutschen Beamtenbundes, Reihe A, Band 2, Bonn 1986.